

Permanenter Zeitdruck

Die Unterbringung der Asylbewerber wird auch im Kreis Karlsruhe immer schwieriger

Asyl ist ein Thema, das aktuell auf allen politischen Ebenen – Bund, Land, Kommunen – stattfindet. Das Grundrecht auf Asyl bestreitet niemand, diskutiert wird freilich vor allem wegen der hohen Zugangszahlen, wer es beanspruchen kann. Wie „Asyl“ in den Landkreis hineinwirkt, will diese Themenseite beleuchten.

Kreis Karlsruhe. Seit drei Jahren steigen die Asylbewerberzahlen in Deutschland stark an. Knut Bühler, zweiter Mann im Landratsamt und dort zuständig für das Thema, kann den Beginn dieses Anstiegs an einem klaren Datum festmachen: „Das setzte ein, nachdem das Bundesverfassungsgericht geurteilt hatte, dass auch Asylbewerber das Existenzminimum zusteht.“ Die Leistungen sollten sich an der Sozialhilfe ausrichten. Das Geldleistungsprinzip hat inzwischen Vorrang. Die Gerichtsentscheidung datiert vom Juli 2012.

Seitdem ist das Arbeitsvolumen in Sachen Asyl dramatisch angestiegen. Rund 1800 Mitarbeiter zählt die Landkreisverwaltung, laut Bühler sind „sieben bis acht Prozent“, also rund 150 Personen, inzwischen in diesem Bereich tätig.

Betroffen sind unter anderem die Ausländerbehörde und das Liegenschaftsmanagement, hinzu kommt das Personal in den inzwischen weit über 20 Gemeinschaftsunterkünften (GU). Vor fünf Jahren wurde nur die GU in Zeutern unterhalten. Und – das Thema wird weiteres Gewicht bekommen. Landrat Christoph Schnaudigel hat die Forderungen an die Kreisverwaltung kürzlich „prekär“ genannt und gesagt, dass die Suche nach Gemeinschaftsunterkünften angesichts weiter steigender Zahlen bei den Flüchtlingen „schwieriger“ wird. Schon vor über einem Jahr wurde beklagt, dass geeignete Immobilien rar sind. Seither

hat sich die Lage verschärft – und der Markt ist nicht besser geworden. Das zwingt zu Lösungen mit Wohncontainern und dazu, dass der Landkreis selbst Unterkünfte baut. Das größte Problem dabei ist der enorme Zeitdruck. Noch ist es allerdings nicht soweit wie im benachbarten Enzkreis: Dort werden Flüchtlinge in der Turnhalle des Berufsschulzentrums Mühlacker einquartiert.

Die Zugangszahlen steigen weiter – und damit auch die Anforderungen an die Landkreise. Der Druck ist offenkundig so groß, dass die präzise Abstimmung zwischen dem für die Landeserstaufnahmestellen zuständigen Regie-

rungspräsidium und den Landkreisen erschwert ist. Sorgfältig austarierte Unterbringungen nach Nationalitäten und Religionen – das machte der Landrat jüngst deutlich – werden schwieriger.

Hinzu kommt gewaltiger bürokratischer Aufwand in der Flüchtlingsarbeit, der aus der Sicht der den Landkreisen vorgelagerten Instanz mangelhaft ist: Landrat Schnaudigel erwähnte kürzlich, dass beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Ende Mai knapp 221 000 noch nicht entschiedene Verfahren lagen. Zum Vergleich: Im Jahr 2015 werden bundesweit 450 000 Flüchtlinge erwartet, 59 000 davon in Baden-Württemberg und jeden Monat „mindestens 305“ im Landkreis. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer aller Verfahren ist seit langem umstritten. Das Bundesamt nennt sechs bis sieben Monate. Die Zählweise des Landratsamtes kommt zu einem anderen Ergebnis: 16 Monate. Hier verweist Bühler darauf, dass es einen Asylbewerber gab, der seit August 2014 darauf wartet, um überhaupt seinen Antrag stellen zu können.

Bei der Betrachtung des Themas „Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften“ gerät ein anderes in der Debatte in den Hintergrund, das schon sehr bald in den Vordergrund rücken wird. Ist der Kreis für die auf zwei Jahre befristete Gemeinschaftsunterkunft zuständig, so müssen sich Städte und Gemeinden danach um die Anschlussunterbringung kümmern. Die Zahlen steigen steil an – und die Kommunen haben Probleme, Unterkünfte bereitzustellen. Teilweise werden diese extra gebaut – etwa in Eggenstein-Leopoldshafen.

Aus dieser Notwendigkeit erwächst freilich ein neues Problem, auf das im Kreistag unlängst Markus Rupp aufmerksam machte. Günstiger Wohnraum wird nicht nur knapp, es gibt ihn quasi nicht mehr, was entsprechende Sorgen für die Menschen mit sich bringt, die nur bescheiden verdienen. Rupp erinnerte auch an seine Initiative einer regionalen Wohnraumbetrachtung. Matthias Kuld



UNTER DEN FLÜCHTLINGEN, die der Landkreis etwa in der Gemeinschaftsunterkunft in Zeutern unterbringt, befinden sich viele Kinder, die – oft traumatisiert – dort wieder halbwegs in den Alltag finden. Foto: Alabiso